

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

19.11.2025

DOPPELHAUSHALT	2026/2027
ANTRAG	DHH/2025/

Thema: Geplante Gebührenerhöhung an Fachschulen stoppen

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 190	▶ 4000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ Maßnahmen-Nr.: HHS4_GR39					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2026	2027	2028	2029	2030
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen	165.000	330.000	330.000	330.000	330.000
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
Die geplante Wiedereinführung der Gebühren für Fachschulen im Haushalt, die eine zusätzliche Einnahme von 165.000 € bzw. 333.000 € zur Folge hätte, wird abgelehnt.					

Thema: Geplante Gebührenerhöhung an Fachschulen stoppen

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger



▶ Sachverhalt | Begründung

Die im Haushaltsentwurf vorgesehene Erhöhung der Gebühren für Fachschulen wird abgelehnt. Fachschulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und zur beruflichen Weiterqualifizierung. Sie ermöglichen es Beschäftigten, ihre beruflichen Kompetenzen auszubauen und ihre Position am Arbeitsmarkt zu stärken. Angesichts des bestehenden Fachkräftemangels ist ein niedrighschwelliger und bezahlbarer Zugang zu diesen Bildungsangeboten von zentraler Bedeutung, um die Leistungsfähigkeit des Arbeitsmarktes nachhaltig zu sichern.

Darüber hinaus tragen Fachschulangebote maßgeblich zu sozialer Chancengerechtigkeit bei. Sie eröffnen Menschen aus unterschiedlichen sozialen und finanziellen Hintergründen verlässliche Perspektiven zur beruflichen Fortbildung. Eine Gebührenerhöhung würde insbesondere jene Gruppen benachteiligen, die auf kostengünstige Weiterbildungsangebote angewiesen sind, und könnte bestehende soziale Ungleichheiten weiter verstärken.

Vergleichende Betrachtungen anderer Kommunen – beispielsweise Stuttgart – zeigen, dass Fachschulen in vielen Regionen weitgehend kostenfrei angeboten werden. Eine Gebührenerhöhung in Karlsruhe würde daher die Attraktivität des Weiterbildungsstandortes schwächen und die beruflichen Entwicklungschancen vieler Menschen beeinträchtigen.

Unterzeichnet von:

Sibel Uysal, Dr. Anton Huber und SPD-Fraktion